

RatAktuell

3/2005



Bundespolitik für Mönchengladbach - Wahrung kommunaler Interessen

"Für meine Arbeit im Bundestag ist eine enge Verzahnung mit den kommunalen Themen meiner Heimatstadt sehr wichtig. Ein besonderer Schwerpunkt meiner langjährigen Tätigkeit in Bonn und später in Berlin ist die Sozial- und Familienpolitik", so die **SPD-Bundestagsabgeordnete Hildegard Wester** in einem Redaktionsgespräch.

Sie begrüßt ausdrücklich die Initiative der **SPD-Ratsfraktion**, dass auch in Mönchengladbach eine Familienkarte eingeführt werden soll. "Doch es sind weitere familienpolitische Schritte notwendig", so **Hildegard Wester**.

Mönchengladbach braucht ein "Bündnis für Familien"

"Mönchengladbach soll familienfreundlicher werden. Deshalb sollte auch hier - wie an 189 Orten in Deutschland bereits geschehen - ein lokales Bündnis für Familie ins Leben gerufen werden", sagt **Hildegard Wester** MdB.



In lokalen Bündnissen für Familie schließen sich Stadtrat und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, freie Träger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammen, um ihre Stadt familienfreundlicher zu machen. Die Zusammenarbeit im Bündnis führt Kompetenzen zusammen, spart Ressourcen und schafft Raum für neue Ideen. Manches wird machbar, was jeder für sich allein nicht schafft.

Lokale Bündnisse verbessern die Balance von Familie und Beruf, schaffen Kinderbetreuungsplätze und Beratungsangebote, bauen Spielplätze und Familienzentren auf, motivieren Frei-

willige und gewinnen Unternehmen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Direkt vor Ort kennt man die konkreten Bedürfnisse von Familien am besten, dort können die besten Lösungen gefunden werden.



Hildegard Wester MdB

"Es ist mein fester Vorsatz, als Bundestagsabgeordnete hier in Mönchengladbach gemeinsam mit der Ratsfraktion ein solches Bündnis ins Leben zu rufen. Wenn wir hier in unserer Stadt alle Kräfte bündeln, können wir für die Familien viel erreichen", so **Hildegard Wester**.

Über 2 Millionen Euro für Bildung und Forschung in Mönchengladbach

Gute Nachricht aus Berlin für Mönchengladbach: "Gut **zwei Millionen Euro** sind in den vergangenen sieben Jahren durch die Bundesregierung in Mönchengladbach in Forschungs- und Entwicklungsprojekte investiert worden", berichtet **Hildegard Wester** MdB.

weiter auf Seite 2

Missachtung demokratischer Spielregeln in MG !

Nach den vorliegenden Informationen wollen die Fraktionen aus CDU und FDP wie bereits in den vergangenen Jahren wieder **alle** Leitungspositionen in den Aufsichtsräten mit eigenen Leuten besetzen. In den Gremien städtischer Gesellschaften MGMG, EWMG oder NVV stehen die konstituierenden Sitzungen mit Neuwahlen der Aufsichtsratsvorsitzenden sowie deren Stellvertreter an.

"Diese Missachtung demokratischer Gepflogenheiten gibt es nur in Mönchengladbach", so der **SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Beine**.

In anderen Großstädten, wie Krefeld, Essen und Wuppertal, stellen auch Vertreter der zweitstärksten Fraktion in den Aufsichts- oder Beiräten den Vorsitzenden bzw. den Stellvertreter. In allen anderen Städten besteht ein breiter Konsens in der Unternehmensaufsicht. Immerhin werden in diesen Gesellschaften Entscheidungen herbeigeführt, die die Bürger der Stadt in vielfacher Weise betreffen.



Haus Erholung

Foto:Stadt MG

Die **SPD-Fraktion** verurteilt dieses Vorgehen. "Unsere Stadt und deren Gesellschaften gehören nicht CDU und FDP! Wir erwarten, dass demokratische Spielregeln eingehalten werden und werden uns gegen eine Politik der reinen Machterhaltung wehren", so **Lothar Beine**.

Welche Ziele hat das Museum Abteiberg?

Zu diesem Thema traf sich die **SPD-Ratsfraktion** im Museum Abteiberg. Die **Leiterin des Museums, Susanne Titz**, über die aktuelle inhaltliche Arbeit, aber auch über den Sanierungsaufwand in Höhe von **3,5 Millionen Euro**. Diese Sanierung soll in **2006** abgeschlossen sein.

Anschließend wurde diskutiert, welche konzeptionellen Wegmarken für das Museum Abteiberg gesetzt werden.

Susanne Titz: "Das Museum besitzt eine nach wie vor einzigartige, weil nie zuvor und kaum danach erprobte Architektur des musealen Experiments. Dieses Experiment lässt es kaum zu,

im Konzert marktgängiger Großausstellungen mitzuspielen.

Die finanziellen Risiken sind zu groß und die Identität wäre allzu schnell verloren."



Museum Abteiberg

Foto:Stadt MG

"Ziel ist ein lebendiger, zukunftsorientierter Ort in der Stadt, dessen programmatisches Wirken in die internationale Kunstlandschaft ausstrahlt", so **Susanne Titz**. Weitere Schritte, wie Ausweitung der Öffnungszeiten des Museumscafés und die Nutzung des Skulpturengartens als Oase in der Stadt, sind wichtige Grundlagen hierfür." **Ulrich Elsen**: "Die **SPD-Fraktion** hat durch einige Initiativen verdeutlicht, dass Kulturpolitik kein Anhängsel in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung sein darf."



Ulrich Elsen

Bundespolitik für Mönchengladbach-Wahrung kommunaler Interessen

Fortsetzung von Seite 1

Dabei handelte es sich vor allem um Projektfördermaßnahmen, Forschungs- und Entwicklungsaufträge und Studien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der direkten Projektförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Bundesweit wurden die Ausgaben für Bildung und Forschung um **37,5 Prozent** gesteigert. Damit liegt Deutschland bei den Ausgaben für Bildung und Forschung mit **2,5 Prozent** des Bruttoinlandsprodukts in der Spitzengruppe der großen Industrieländer.

Konkret hier vor Ort in **Mönchengladbach** sind die Investitionen in Unternehmen wie Dörries Scharmann Technologie, IAP, Montforts, real, Schlafhorst, Trützschler, Tuchfabrik Willy Schmitz geflossen.

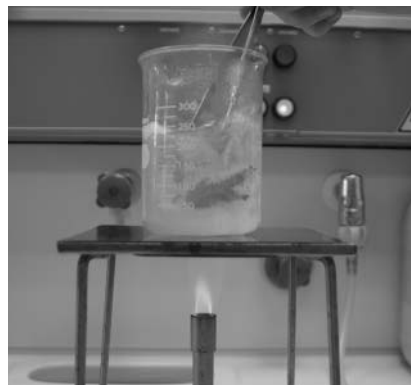


Foto:pixelquelle.de

Hildegard Wester: "Ich setze auch künftig auf eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur, auf hervorragende Ausbildung und günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Märkte. Die Bundesregierung macht eine Innovationspolitik aus einem Guss. Die Wirtschaft der Zukunft beruht auf Wissen, Innovation und Kreativität."



Rathaus Abtei

Foto: Stadt MG

Intern.....

Monika Berten folgt Angela Tillmann

Durch den Einzug der bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Angela Tillmann** in den Landtag rückte nicht nur **Ursula Klawuhn** in den Rat nach, sondern auch im SPD-Fraktionsvorstand wurden Neuwahlen notwendig. **Lothar Beine**, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion: "So sehr ich mich über den Erfolg von **Angela Tillmann** freue, ist ihr Ausscheiden aus dem Rat ein herber Verlust für die SPD-Fraktion."

Angela Tillmann hat insbesondere in der Jugend- und Sozialpolitik Akzente gesetzt und konnte ihre berufliche Erfahrung aus der Jugendarbeit einbringen. Als beratendes Mitglied wird sie jedoch weiterhin in die kommunale Arbeit vor Ort eingebunden". Auch **Angela Tillmann** ist dieser Schritt nicht leicht gefallen, da die Fraktion neben dem SPD-Ortsverein ihr politisches zu Hause ist. Ratsfrau **Monika Berten**, **Vorsitzende des Sozialausschusses**, ist nun neben **Ulrich Elsen** stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

"Mit **Monika Berten** übernimmt eine erfahrene Kommunalpolitikerin die verantwortungsvolle Aufgabe, die für Kontinuität in der sachlichen Arbeit der Fraktion sorgen wird", so **Lothar Beine**.

Ratsfrau **Gülistan Yüksel** wurde neu in den Fraktionsvorstand gewählt. **Lothar Beine**: "Bereits jetzt muss sich die Fraktion für die kommenden Aufgaben aufstellen und durch die Wahl von **Gülistan Yüksel**, die auch **Integrationsratsvorsitzende** ist, unterstreicht die SPD, dass Politik für Migrantinnen und Migranten Ernst genommen wird."

Ratsfrau **Ursula Klawuhn** wird aus der Bezirksvertretung Wickrath ausscheiden. Die Aufgabe als **Sprecher der Fraktion** wird **Cornelius Bohnen** wahrnehmen, der in die BV nachrückt.

Ein Schandfleck in Rheydt-Mitte soll verschwinden!

Die **SPD-Fraktion** begrüßt grundsätzlich die neuen Entwicklungen auf dem **Letzerich-Gelände**. Auf dem Gelände möchte die Gladbacher Firma Jessen ein **20-Millionen-Euro-Objekt** errichten und hat die Fraktionen bereits vor den Beratungen im Rat und Bezirk informiert.



Hans-Henning Haupts

SPD-Rats Herr Hans-Henning Haupts: "Wir hoffen, dass endlich eine positive Entwicklung erreicht wird und dieser Schandfleck im Rheydter Zentrum verschwindet. Nach der gelungenen Reaktivierung des alten Wienands-Geländes an der Dahlemer Straße gibt es nun eine weitere Chance."

Die Konzeption des Investors beinhaltet die Idee "Wohnen" in Richtung Limitenstraße und "Einkaufen" in Richtung Moses-Stern-Straße. Dort soll ein SB-Warenhaus mit **4500 Quadratmeter** Handelsfläche entstehen. An der Limi-



Helga Klump

tenstraße soll das Erdgeschoss für Büros und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Darüber sind Wohnungen geplant.

SPD-Ratsfrau Helga Klump: "Ich sehe natürlich auch noch Probleme. Es ist wichtig, dass ein weiteres SB-Warenhaus für die Rheydter Innenstadt verträglich sein muss. Der Leerstand und die Probleme der örtlichen Einzelhändler müssen ernst genommen werden."



Foto: pixelquelle.de

Die **SPD-Fraktion** mahnt langfristige Lösungen für die Rheydter Innenstadt an. Dieses Thema muss in der Bürgerbeteiligung offen diskutiert werden.

"Wir begrüßen, dass **150 der 400 Parkplätze für Theaterbesucher** zur Verfügung stehen sollen, jedoch ist insbesondere die weitere Verkehrsanbindung des gesamten Areals kritisch zu begleiten. Zugleich müssen die Ergebnisse aus den Gutachten zur Verkehrlenkung zum Einzelhandel und zu weiteren Planungsinhalten ausgewertet werden"; so **SPD-Rats Herr Rudolf Boll**.

Aktives Schuldenmanagement in MG?

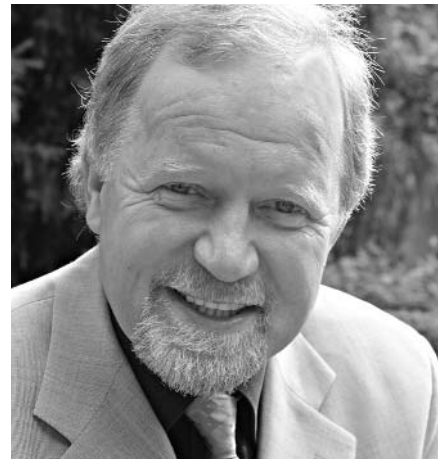
Diese Hoffnung hat nun **Lothar Beine, SPD-Fraktionsvorsitzender**, nach der Durchführung des Workshops zum Thema "Aktives Zins- und Schuldenmanagement der Stadt Mönchengladbach" am 31.08.2005.

An der Durchführung wirkten Vertreter der Ratsfraktionen, der Stadtverwaltung, verschiedene Kreditinstitute sowie weitere Experten mit.

Lothar Beine: "Somit wird der erste Schritt einer SPD-Forderung umgesetzt, wobei sicher im zweiten Schritt eine schnellstmögliche Umsetzung erfolgen muss. Durch die behäbige Handhabung des Kämmers hat die Stadt auf jährliche Zinsersparnisse in erheb-

licher Höhe verzichtet." Im Rahmen so genannter Zinstauschgeschäfte werden festverzinsten Kredite in einen variablen Zins modifiziert. In der momentanen Niedrigzinsphase ein lohnendes Geschäft. Andere Städte betreiben dies mit Erfolg. Allein die jährlichen Zinsen für die städtischen Darlehen verschlingen momentan rund **21,3 Millionen Euro**.

Lothar Beine: "Angesichts dieser Zahlen ist es eine Zumutung, dass in der Haushaltsberatung Sparlisten beraten werden, die sich mit Beträgen in Höhe



Lothar Beine

von **150 Euro** befallen. Diese personellen Ressourcen hätten sinnvoll für ein 'Aktives Zins- und Schuldenmanagement' eingesetzt werden können."

Stadtbezirke kompakt

Radweg Hardter Straße fertig!

"Eine endlose Geschichte nimmt nun doch ein gutes Ende"; so **SPD-Rats Herr Thomas Fegers**. In den vergangenen Jahren hat durch den Bau und Ausbau der Gesamtschule Hardt der Radverkehr an der Hardter Straße erheblich zugenommen. Aber nicht nur entlang dieser vielbefahrenen Straße besteht eine Gefährdung.

Thomas Fegers: "Besonders schwierig ist die Situation im Bereich des Bahnübergangs, hinter dem die Broicher Straße abschwengt. Da verlieren vor allem Kinder den Überblick."

Für die SPD-Fraktion vor Ort ein unbefriedigender Zustand. **SPD-Rats Herr Thomas Fegers:** "Ich bin froh, dass uns nun endlich ein Lückenschluss im Radwegenetz und zugleich eine bessere Querungssicherheit im Schulweg für Rheindahlen gelungen ist."

Hat die CDU Probleme mit OGATA?

In der Sitzung des letzten Schulausschusses wurde das Rahmenkonzept zur "Offenen Ganztagsgrundschule" auf Antrag der CDU-Fraktion vertagt.

Monika Schuster, Sprecherin der SPD im Schulausschuss: "Diese Vorgehensweise ist nicht nachvollziehbar, denn das Rahmenkonzept wurde bereits im Schulausschuss besprochen und die Ergebnisse der Schulkonferenzen waren den Sitzungsunterlagen beigefügt. "Die Mehrheitsfraktionen aus CDU/FDP begründeten diesen Schritt mit nicht pünktlich vorliegenden

Bezirksentscheidungen.

Monika Schuster: "Es ist schon erschreckend, dass innerhalb der

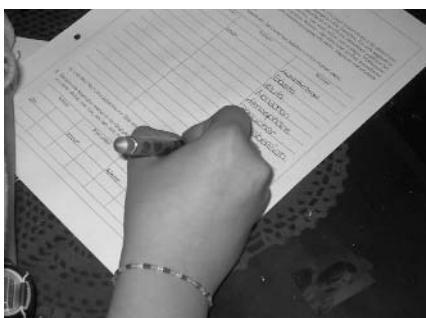


Monika Schuster

CDU/FDP keine Kommunikation mit den Bezirken stattfindet, denn alle Unterlagen der Bezirke mit den Empfehlungen der Schulkonferenzen und der Schulaufsicht gehen auch den Fraktionsgeschäftsstellen und den Mandatsträgern vor Ort zu. In der Ablehnung

der SPD-Forderung nach einer Elternbefragung in allen Bezirken hatte die CDU/FDP keinen weiteren Beratungsbedarf." Es muss nachgefragt werden, ob die CDU/FDP in den Bezirken leichtfertig dem Rahmenplan zugestimmt hat oder erkennt sie doch die Notwendigkeit einer Elternbefragung? Mit einer Elternbefragung soll der Bedarf für weitere offene Ganztagsgrundschulen zielgerichtet ermittelt werden. Im Rahmen der Befragung sollten zugleich alle Grundschulleitern ausführlich über die Konzeption (u.a. Hausaufgabenbetreuung) informiert werden.

Monika Schuster: "Falls die CDU/FDP in ihre Beratungen ernsthaft eine Elternbefragung einbezieht, werden wir uns sicher nicht verschließen. Doch eine Vertagung nur aus einer politischen Verzögerungstaktik heraus geht auf Kosten der betroffenen Eltern und Schulen, die dringend auf eine Planungssicherheit angewiesen sind. Hier machen wir nicht mit!"



Hausaufgaben

Foto: pixelquelle.de

Start der ARGE in Mönchengladbach

Nachdem der Rat am 27.04.2005 den Mönchengladbacher Vertrag zwischen der Stadt und der Agentur für Arbeit zur Gründung einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft (ARGE) beschlossen hat, konnten in der ersten **Trägerversammlung** der ARGE am 10.05.2005 die wesentlichen Grundlagen für die weitere Arbeit beschlossen werden.

Die Geschäftsführung der ARGE wurde gewählt, das Kapazitäts- und Qualitätsprofil für die Beschäftigten der ARGE sowie die Organisationsstruktur (u.a. mit Standorten in Gladbach und Rheydt) festgelegt.

Mit den für 2005 rund **35.000** vom SGB II in MG Betroffenen und einem für dieses Jahr zu erwartenden "Umsatz" der ARGE von rund **200 Mill. Euro** wird die ARGE die entscheidende "Sozialinstanz" in Mönchengladbach werden.

Der **Trägerversammlung**, dem obersten beschlussfassenden Gremium der ARGE, gehören für den Rat der Stadt drei Ratsmitglieder an. Die **SPD** ist dort durch den **sozialpolitischen Sprecher**

der Ratsfraktion, Rudolf Boll, vertreten. "Neben der in diesem Jahr anstehenden Aufbauarbeit für die ARGE selber kommt es vor allem darauf an, dass die ALG II-Leistungen ohne Nachteile für die Betroffenen nahtlos ausgezahlt werden und die gesamten von der



Rudolf Boll

Nürnberger Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Eingliederungsmittel (rund 22 Mill.) in Mönchengladbach komplett und sinnvoll in 2005 verausgabt werden", so **Rudolf**

Boll. Aktuell in der Diskussion sind noch die **Standortsuche in Rheydt** sowie die Überlegungen zur Übertragung der Leitung von der Bundesagentur für Arbeit an die Stadt.

RatAktuell 03/2005

Herausgeber:
SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/92490-30
Fax: 02166/92490-34
Mail: spdratmg@aol.com
Internet: www.spd-mg.de

Redaktion:
Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)
Lothar Beine

**Neue Anschrift?
Neuer Interessent?
Bitte wenden Sie sich an
obige Adresse!**